

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 33 (2006)
Heft: 2

Artikel: Die Zukunft der Schweizer Landwirtschaft : Schweizer Bauern haben Angst
Autor: Ribli, Rolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-911304>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 13.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Schweizer Bauern haben Angst

So drastisch wie die Landwirtschaft hat kein anderer Wirtschaftszweig in unserem Land seine Strukturen verändert. Dennoch geraten die Bauern immer wieder in die Kritik von Politikern und Ökonomen. Im Schweizervolk hat die bäuerliche Tradition jedoch einen Rückhalt. Von Rolf Ribl

Man muss die Statistik zweimal lesen: Jeden Tag verschwinden im Schweizer Land fünf Bauernhöfe. Das sind im Jahr gegen 2000 bäuerliche Betriebe im Mittelland, im Hügelland und in der Bergregion. An einem Tag müssen also fünf Bauernfamilien aufgeben und zusehen, wie Hab und Gut, Tiere und Geräte an den Meistbietenden verkauft werden. Trauer und Tränen stehen im Gesicht von Bauersleuten, deren Vorfahren meist seit Generationen den Hof bestellt haben.

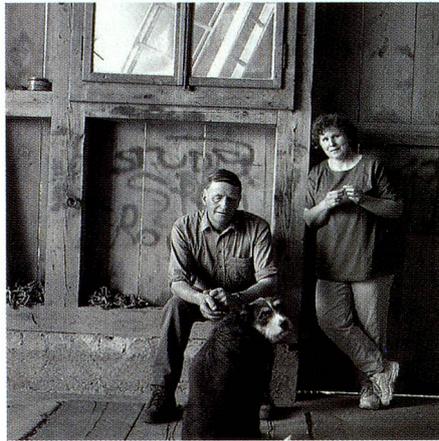
«Zu wenig rasch und zu wenig mutig» verlaufe der Strukturwandel in der Landwirtschaft, betont der Wirtschaftsverband Economisuisse immer wieder. Die hiesige Agrarwirtschaft sei zu klein strukturiert und zu wenig produktiv. Die Schaffung grösserer Betriebe sei «von zentraler Bedeutung». Ein Freihandelsvertrag mit der Europäischen Union für alle landwirtschaftlichen Produkte sei «die einzige zukunftstaugliche Perspektive».

Sarkastisch drückte sich die «Neue Zürcher Zeitung» aus: «Bauer sein ist kein Schicksal. Niemand ist gezwungen, auf ewige Zeit Bauer zu bleiben.»

Wohl kein anderer Wirtschaftszweig in unserem Land kennt einen so radikalen Strukturwandel wie die Landwirtschaft. Die Zahl der Bauernbetriebe sank von rund 93 000 im Jahr 1990 auf 65 000 im vergangenen Jahr – das sind 30 Prozent weniger. In der gleichen Zeit verminderte sich die Anzahl der Beschäftigten von 253 000 auf rund 190 000 – immerhin 25 Prozent weniger. Aber damit nicht genug: Mit der Agrarreform 2011 werden in den nächsten Jahren jeden Tag fünf bis zehn Bauernfamilien aufhören müssen. Das würde gemäss Manfred Bötsch, Direktor des Bundesamtes für Landwirtschaft, bedeuten, «dass innert zehn Jahren 15 000 bis 20 000 Bauernhöfe aufgegeben werden». Sein Kommentar: «Die von der Landwirtschaft geforderten Abbauschritte sind so hoch, wie dies in der Industrie noch nie der Fall war.»

Druck von innen ...

Für den andauernden Strukturwandel in der Schweizer Landwirtschaft gibt es starken inneren und äusseren Druck. «Hausgemacht» sind



Verena und Hans Stucki, Getreidebauern, Schlosswil BE.

folgende Fakten: Nur drei Prozent aller Beschäftigten arbeiten heute noch in der Landwirtschaft. Mit ihrem Einsatz in Feld und Stall tragen sie nur ein Prozent zur Wertschöpfung in der Volkswirtschaft bei. Dazu kommt noch der Wert der gemeinwirtschaftlichen Leistungen gemäss dem Auftrag in der Bundesverfassung, wie die sichere Versorgung des Volkes mit Nahrungsmitteln, die Pflege der Kulturlandschaft und die dezentrale Besiedlung. Dennoch steht im Agrarbericht 2005 des zuständigen Bundesamtes: «Die Landwirtschaft zählt heute nicht mehr zu den bedeutendsten Wirtschaftszweigen.»

Was aber die Ausgaben des Bundes für die Landwirtschaft und Ernährung betrifft, steht dieser Sektor an fünfter Stelle. Fast vier Milliarden Franken oder 7,8 Prozent der Bundesausgaben gingen 2004 an die Landwirtschaft – im Jahr 1990 waren es noch drei Milliarden gewesen. Der grösste Brocken mit 2,5 Milliarden Franken entfiel auf die so genannten Direktzahlungen, also Entgelte an die Bauern für die Pflege der Landschaft und für ökologischen Anbau. Mit knapp 0,8 Milliarden unterstützte der Staat die Produktion und den Absatz in der Milch- und Viehwirtschaft sowie den Pflanzenbau. Weitere 0,7 Milliarden flossen in Exportsubventionen, Investitionskredite, Landwirtschaftsschulen oder Familienzulagen. Noch eine andere Zahl: Mehr als 70 Prozent der bäuerlichen Einkommen stammen aus der Bundeskasse – gemäss der Organisation für wirtschaft-

liche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ein internationaler Spitzenwert.

Fast vier Milliarden Franken Bundeshilfe bei nur einem Prozent Beitrag der Landwirtschaft zur Volkswirtschaft – dieser Vergleich ruft manche Kritiker auf den Plan. Wenn im eidgenössischen Parlament die Bundesfinanzen gekürzt werden oder wenn in der Welthandelsorganisation WTO der globale Freihandel angestrebt wird, gelten die Bauern mit ihren Forderungen als «Störenfriede». Wirtschaftsverbände und Ökonomen fordern weniger Subventionen und dafür den raschen Umbau der Landwirtschaft zu grösseren, marktfähigen Betrieben. «Ich stelle in der Schweiz einen Grundtenor fest, der eine Sonderstellung der Landwirtschaft innerhalb der Volkswirtschaft immer mehr in Frage stellt», sagt Professor Bernard Lehmann, Leiter des Instituts für Agrarwirtschaft der ETH Zürich.

... und Druck von aussen

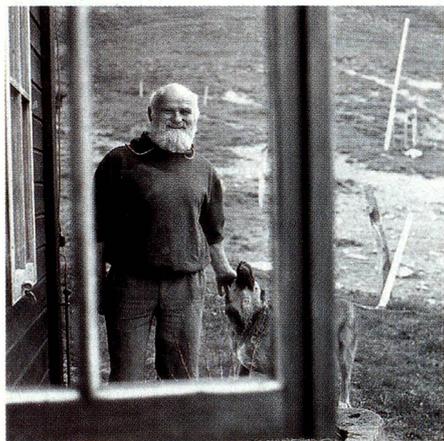
Für eine strukturelle Anpassung der Landwirtschaft gibt es auch handfesten Druck von aussen. Wenn multilaterale Verhandlungen in der Welthandelsorganisation oder bilaterale Freihandelsverträge mit den USA oder der Europäischen Union anstehen, ziehen über der Landwirtschaft dunkle Wolken auf. Denn die Öffnung der Grenze für ausländische Agrargüter, der Abbau der inländischen Marktstützung und der Exportverbilligung haben Folgen für die bäuerlichen Einkommen. «Insgesamt dürften die WTO-Massnahmen die Landwirtschaft rund zwei Milliarden Franken kosten», schätzt Bundesamtsdirektor Bötsch. «Verluste in diesem Ausmass würden alle Anstrengungen zunichte machen, welche die Landwirtschaft seit einem Jahrzehnt unternommen hat», sagt Jacques Bourgeois, Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes.

Die laufende WTO-Runde ist klar die grösste Herausforderung für die Landwirtschaft. Aber auch mit den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union stehen folgenreichere Verhandlungen an.

Ein Freihandelsabkommen mit den USA würde den Export von Industriegütern «made in Switzerland» begünstigen. Aus der Sicht der Landwirtschaft hätte der Freihandel mit den USA gemäss dem früheren Bundesamtsdirektor Hans Burger «schwer wiegende Nachteile»: Die Einkommen in unserer Landwirtschaft würden um 1,2 Milliarden Franken fallen, der geografisch weit entfernte amerikanische Markt und die dortigen Konsumgewohnheiten machen die Marktbearbeitung schwierig, das mit Antibiotika und Hormonen produzierte US-Fleisch samt den genveränderten Produkten sind hier zu Lande nicht erwünscht. Das sieht Jean-Daniel Gerber, Staatssekretär im

Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement, anders: «Der amerikanische Markt umfasst 270 Millionen Konsumenten. Das böte den Schweizer Bauern neue Absatzchancen, zum Beispiel für Käse und biologische Produkte.»

Die Öffnung der Grenzen für landwirtschaftliche Produkte gegenüber Europa erscheint in einem günstigeren Licht. Im kaufkräftigen Markt von 400 Millionen Menschen mit ähnlichen Konsumgewohnheiten haben Qualitätsprodukte dank dem intakten «Swiss



Leo Elleberger, Biobauer, Günsberg SO.

quality»-Image gute Preis- und Absatzchancen. Bei einem freien Handel mit Agrargütern wird erwartet, dass sich die inländischen Produktionskosten und Produktpreise auf das europäische Niveau einpendeln. Damit werden die Exportchancen für schweizerische Produkte besser. Für die Landwirtschaft ist die europäische Marktöffnung sehr hart, ihre Einkommenseinbusse wird auf 1,5 Milliarden Franken geschätzt. Für Hansjörg Walter, den Präsidenten des Schweizerischen Bauernverbandes, steht fest: «Die Liberalisierung des Welthandels ist unaufhaltsam.»

Bescheidene Bauerneinkommen

Die Bauern spüren den wachsenden Druck von innen und von aussen. Mehr als 10 000 von ihnen marschierten am vergangenen 17. November mit Treichel und Transparenten durch die Strassen der Hauptstadt. Angeführt von den Fahnen der kantonalen Organisationen zogen die Männer und Frauen mit ernsten Gesichtern und bedächtigen Schritten zum Bundesplatz. «Stoppt die Wirtschaftsmanager und Politiker, welche die Landwirtschaft zum Sündenbock machen», rief eine Bäuerin. «Wer den ganzen Tag krampft, ohne dafür anständig bezahlt zu werden, hat für die hohen Saläre und neoliberalen Parolen der Manager kein Verständnis», schimpfte ein Bauer. Als zum Schluss alle Treichel zu einem lauten Stakkato ansetzten, geriet der Aufmarsch der Bauern zu einer machtvollen Demonstration – oder war es ein

fliehender Hilferuf an die hohe Politik im Bundeshaus?

Die schwierige Lage der Landwirtschaft zeigt sich bei den bäuerlichen Einkommen. Gemäss der Forschungsanstalt Agroscope verdiente 2004 eine Familienarbeitskraft 39 700 Franken. Dies entspricht einem monatlichen Arbeitsverdienst von 3300 Franken (das ist der Mindestlohn einer Kassierin bei der Migros). Beim so genannten Vergleichslohn zeigt sich, dass in der Talregion 38 Prozent, in der Hü-



Verena Aebersold, Gemüsebäuerin, Treiten BE.

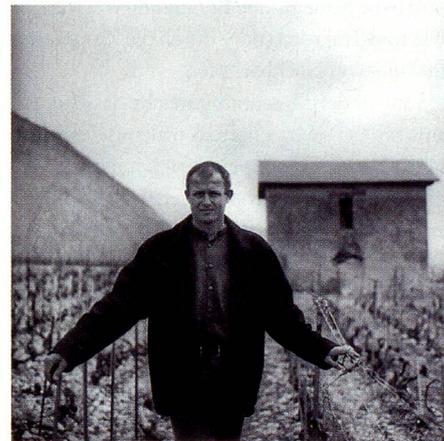
gelregion 51 Prozent und im Berggebiet 60 Prozent der Familienarbeitskräfte weniger verdienen als in vergleichbaren Berufen in Industrie und Dienstleistungen. Vor allem im Berggebiet gehören manche Bauernfamilien zu den «Working Poor» – sie verdienen trotz ihrem Arbeitseinsatz nicht genug zum Leben.

Das landwirtschaftliche Einkommen je Betrieb lag 2004 bei 60 400 Franken. Im Schnitt der letzten drei Jahre waren es 55 600 Franken gewesen. Die jährlichen Einkommen schwanken mit den Verkäufen der Produkte und den erhaltenen Direktzahlungen. Weil fast 70 Prozent aller Bauernfamilien nicht mehr allein aus der Landwirtschaft leben können, suchen sie nach einem zusätzlichen Verdienst – er im Winter am Skilift oder mit Waldarbeit für die Gemeinde und sie als Lehrerin oder am Postschalter im Dorf. Im Schnitt kamen so 21 500 Franken Nebenverdienst dazu, was ein mittleres Gesamteinkommen von 82 000 Franken je Betrieb ergab – nämlich 93 100 Franken im Tal, 76 900 Franken in der Hügelregion und 68 800 Franken im Berggebiet.

Das landwirtschaftliche Einkommen hat Folgen für die Zu- oder Abnahme des Eigenkapitals. Im Jahr 2004 verzeichneten 27 Prozent der Tal-, 28 Prozent der Hügel- und 30 Prozent der Bergbetriebe eine negative Eigenkapitalbildung, also einen Kapitalverzehr. Das heisst, diese Bauernfamilien leben von der Substanz, ihnen fehlen die Mittel für Neu- und Ersatzin-

vestitionen. Bei rund 40 Prozent aller Betriebe wird die finanzielle Lage als «bedenklich» beurteilt.

Der politische Druck auf die Landwirtschaft ruft nach drastischen Reformen im Bauernland: bei den Produktionskosten, bei der Marktbearbeitung, bei den Schutzzöllen an der Grenze, bei der staatlichen Marktstützung, bei der Exportverbilligung und bei der Einkommenshilfe an die Bauern.



Jean-François Maye, Weinbauer, Chamoson VS.

Teure Produktionsmittel

Ob Futtermittel oder Saatgut, Traktoren oder Geräte, Düngemittel oder Pestizide, Brennstoffe oder der Tierarzt – Schweizer Bauern beziehen den grössten Teil ihrer Produktionsmittel von auswärts. Allein ein Viertel dieser Vorleistungen betrifft die Futtermittel aus in- und ausländischen Mühlen. Im Situationsbericht 2005 des Schweizerischen Bauernverbandes steht schwarz auf weiss, wie viel unsere Landwirte dafür mehr bezahlen müssen als die Bauern im europäischen Ausland: Wenn das EU-Preisniveau 100 beträgt, sind es für Saat- und Pflanzengut 300, für Düngemittel und Bodenverbesserungsmittel 140, für Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmittel 125, für Futtermittel 300, für Tierarzt und Tierarzneimittel 127, für Bauinvestitionen 136.

Den Hauptgrund für die Kostenunterschiede sieht Eduard Hofer, Vizedirektor des Bundesamtes für Landwirtschaft, im Verhalten der internationalen Anbieter. Diese richten ihre Verkaufspreise nach dem Preisniveau und der Kaufkraft in einem Land. Mit ihren Verteilplänen verhindern sie zudem, dass zum Beispiel deutsche Händler zu deutschen Preisen in die Schweiz liefern können. Daneben gibt es andere Gründe für die höheren Kosten bei uns, so das dichtere Verteilnetz und der kleinere Absatzmarkt.

Die markant höheren Preise für Produktionsmittel sind auch dem Preisüberwacher Rudolf Strahm aufgefallen. Nach seiner Meinung

geben die Bauern bei der Beschaffung der Produktionsmittel eine Milliarde Franken jährlich zu viel aus. Er empfiehlt den Landwirten ein «Kostenmanagement». Das zuständige Bundesamt solle dafür sorgen, dass die Landwirtschaft zu Preisvergleichen und alternativen Bezugsmöglichkeiten kommt. Der Preisüberwacher verlangt zudem direkte Importe der Landwirte, so für Pflanzenschutzmittel und Tierarzneien. «Die Senkung der Beschaffungskosten wird zur Überlebensfrage für die Betriebe.» Aber auch die Bauern können noch einiges selber tun – durch die gemeinsame Benützung von Maschinen und Traktoren oder durch die Zusammenführung von Nachbarhöfen.

Eine andere Rechnung macht das Bundesamt für Landwirtschaft: Würden die europäischen Bauern 15 vergleichbare landwirtschaftliche Erzeugnisse produzieren und verkaufen, erzielten sie nur 54 Prozent des Erlöses ihrer Schweizer Kollegen (in Amerika gar nur 47 Prozent). Der Abstand der Produzentenpreise zwischen Europa und der Schweiz hat sich aber in den letzten zehn Jahren um 28 Prozent verkleinert. Haben die Schweizer Konsumenten davon profitiert? Mitnichten, denn sie zahlten für einen vergleichbaren Korb von Lebensmitteln 25 Prozent mehr.

Dass die hiesigen Konsumenten von den Opfern der Bauern nicht profitieren, liegt an den Margen der verarbeitenden Industrie und des Einzelhandels. «Die Lebensmittelpreise richten sich in der Regel nicht nach den Produzentenpreisen. Die Margen der nachgelagerten Industrie und der Grossverteiler sind viel grösser

als im Ausland. Hier besteht Reformbedarf», fordert Bauernverbandsdirektor Bourgeois.

Bessere Vermarktung

Reformen stehen nicht nur auf der Kostenseite an, sondern auch bei der Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse. «Wir können den Wettbewerbsdruck auf internationaler Ebene durch qualitativ hoch stehende Schweizer Produkte auffangen», erklärte Bundesrat Joseph Deiss. Bei der Absatzförderung biete der Bund «Hilfe zur Selbsthilfe» an. Gute Chancen sieht der Wirtschaftsminister für ökologisch nachhaltige Produkte und für Erzeugnisse mit einer klaren geografischen Herkunft: «Nicht einfach Trockenfleisch, sondern Trockenfleisch aus Graubünden oder aus dem Wallis, nicht gewöhnlicher Käse, sondern Greyerzer.» Mit solchen Produkten «lassen sich höhere Preise lösen, weil sie auf Vertrauen und Sicherheit beruhen».

Ein Erfolgserlebnis kann der Käseexport bereits vorweisen. Die Schweiz hat am Käsemarkt der Europäischen Union bereits einen Anteil von fast ein Prozent. Das entspricht einem Viertel der schweizerischen Milchleistung. Er sei «stolz darauf, wenn heute 45 Prozent der deutschen Konsumenten den Schweizer Käse zu den besten der Welt zählen», sagte Bundesrat Deiss. Im Juni 2007 wird der Käsehandel gegenüber der Europäischen Union vollständig geöffnet.

«Die Marktpräsenz in der Schweiz und in Europa muss gestärkt werden», weiss auch Bauernverbandsdirektor Bourgeois. Und: «Die

Marketingstrategie ist noch mehr auf Herkunft und Produktionsmethoden auszurichten.» Mit Qualitätsprodukten und besonderen Auszeichnungen etwa für Erzeugnisse aus dem Berggebiet soll der Absatz gefördert werden.

Viele Bauern sind beim Direktverkauf ab Hof von Gemüse und Obst, Fleisch und Käse, Milch und Eiern, Most und Wein bereits initiativ geworden. Sie entdecken Marktnischen für neue Produkte, lassen schottische Hochlandrinder grasen, pflanzen Melonen statt Kartoffeln, backen Bauernbrot und gewinnen Öl von Sonnenblumen, laden zum Bauernfrühstück und zu Ferien auf dem Bauernhof.

Schutzzölle, Markt- und Exporthilfe

Seit langem schützt der Staat die heimischen Bauern vor der ausländischen Konkurrenz – mit Einfuhrzöllen und Einfuhrmengen. Es sind happige Wertzölle, die auf die Einfuhrpreise geschlagen werden: 47 Prozent bei Kirschen, 59 Prozent beim Weisswein, 64 Prozent beim Hartkäse, 145 Prozent bei Äpfeln, 170 Prozent beim Zucker, 183 Prozent bei Tomaten, 273 Prozent beim Rindsfilet, 556 Prozent bei der Butter und sagenhafte 1019 Prozent für Pouletschenkel. Ein Drittel aller Agrarprodukte aus dem Ausland wird mit Zöllen von mehr als 100 Prozent künstlich verteuert. Gewisse ausländische Produkte dürfen nur in kleinen Mengen eingeführt werden, wie zum Beispiel frische Milch. Und Blumenkohl, Karotten, Äpfel oder Birnen werden nur dann zur Einfuhr freigegeben, wenn das inländische Angebot klein ist.

DER TALBAUER

■ Ulrich Ineichen ist Talbauer im aargauischen Boswil. Sein Gutsbetrieb umfasst 112 Hektaren und gehört zu den grössten des Landes. Der «Sentenhof» gleicht ein wenig der Southfork-Ranch in der amerikanischen Fernseh-Kultserie «Dallas». Der Grossbauer hat zwei Angestellte und sechs Traktoren. Im topmodernen Stall mit Freilaufgehege ist Platz für 60 Kühe und Kapazität für 400 000 Kilo Milchproduktion im Jahr, gemolken wird computergesteuert. Vor sechs Jahren stellte Ineichen auf biologischen Landbau um. Mit seinem Hof erzielt er 700 000 Franken Umsatz, davon sind 170 000 Franken staatliche Direktzahlungen für die Bewirtschaftung der Fläche und für die Bioproduktion. Seinen Stundenlohn beziffert er auf 35 Franken. Ineichen ist stolz auf die Produktivität seines Gross-

betriebes. Er selber kann sich eine Fünf-Tage-Woche und Ferien leisten. (Quelle «Beobachter») RR

DER HÜGELBAUER

■ Gottfried Grünig und seine Frau Silvia bewirtschaften im bernischen Särswil einen typischen Schweizer Bauernbetrieb von 17 Hektaren und 16 Kühen, zehn Kälbern und Rindern, acht Mutterschweinen, einem Eber, zwölf Hühnern und einem Traktor. Seinen Hof könnte er ohne die staatliche Hilfe von rund 36 000 Franken im Jahr, ein Fünftel des Betriebsertrages, nicht durchbringen. Die staatliche Direkthilfe erhält er, weil er den Boden bewirtschaftet, die Wiesen extensiv nutzt, in der Hügelzone lebt, die Tiere besonders artgerecht hält und 107 ökologisch wertvolle Hochstamm bäume pflegt. Die Bauernfamilie hat Schulden – der

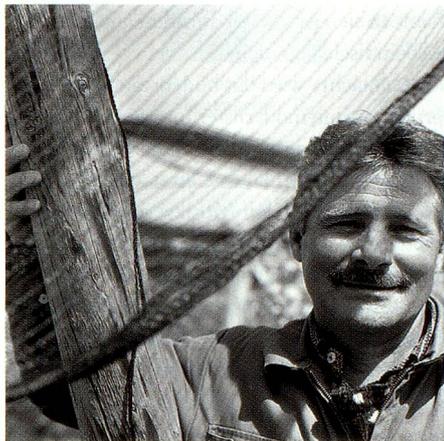
Umbau des Stalls und des Jauchelochs hat eine halbe Million Franken gekostet. Die Bäuerin arbeitet nebenher in einem Pflegeheim. So kommt die Familie auf ein Einkommen von 53 000 Franken. Dass der Bauer trotz einem 14-Stunden-Tag nicht einmal sechs Franken Stundenlohn erzielt, bedrückt ihn. Heute würde Gottfried Grünig nicht mehr Bauer werden wollen. Seinen Hof verkaufen kann er nicht – weil sonst 100 000 Franken Liquidationssteuern fällig würden. (Quelle «Beobachter») RR

DER BERGBAUER

■ Martin Herrmann und seine Frau Christine sind Bergbauern in Lauenen im Berner Oberland. Hier führen sie auf 21 Hektaren Boden einen reinen Milchbetrieb mit zehn Kühen, sechs Rindern, drei Kälbern, sieben Mutterschafen und einem Kleintraktor. Im Som-

mer sind die Bauersleute drei Monate auf der Alp – im vergangenen Sommer mit 77 Kühen und Rindern, einem Stier und 18 Schweinen. Vom Staat erhalten sie Direktzahlungen von 70 800 Franken, gut ein Drittel des Betriebsertrages. Ihr Gesamteinkommen von 85 000 Franken erreichen sie dank Nebenbeschäftigungen – er am Skilift und sie als Babysitterin in Hotels. Ein Arbeitstag dauert von fünf Uhr in der Früh bis zehn Uhr abends. Im Sommer auf der Alp produzieren sie über vier Tonnen Alp- und Hobelkäse. Das Ehepaar Herrmann kann sich keinen anderen Beruf vorstellen. Dass sie Direkthilfe vom Staat erhalten, ist für sie selbstverständlich. «Wir pflegen die Landschaft, und ohne uns Bauern gäbe es da oben keine Tiere mehr.» (Quelle Beobachter)

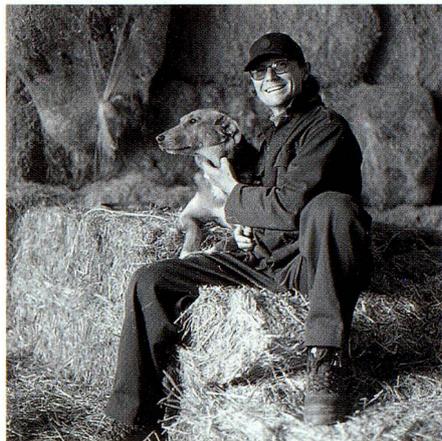
Dieser «Grenzschutz» in Form von Zöllen und Zollkontingenten ist das wichtigste Instrument zur Unterstützung der inländischen Fleischproduktion und des heimischen Pflanzenbaus. Jeder Abbau des Grenzschutzes würde die Importprodukte verbilligen, den Absatz heimischer Erzeugnisse erschweren und damit die bäuerlichen Einkommen schmälern. Klar, dass dieser helvetische Protektionismus dem globalen Freihandel widerspricht. «Der Abbau des Grenzschutzes ist mittel- bis langfristig un-



Louis Suter, Obstbauer, Hünenberg ZG.

für, dass sie die im Artikel 104 der Bundesverfassung verlangten Aufgaben erfüllen: die sichere Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, die Pflege der Kulturlandschaft und die dezentrale Besiedlung des Landes.

Für diese «öffentlichen» Leistungen zu Gunsten des Gemeinwohls erhalten die Bauern und ihre Familien rund 2,5 Milliarden Franken im Jahr aus der allgemeinen Bundeskasse. Davon

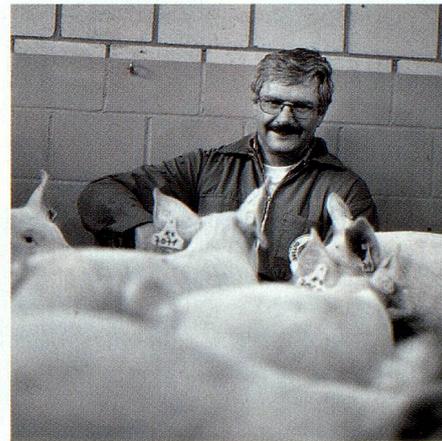


Sepp Haas, Mutterkuhhalter, Ohmstal LU.

muss angehoben werden (wovon viele Kleinbauern im Berggebiet und in der Bioproduktion betroffen wären), die Direktzahlungen verhindern den Strukturwandel und sie führen zu übermässigen Kontrollen auf den Höfen.

Bauernkultur ist Volkskultur

«Wir wollen und wir werden an den produktionsunabhängigen Direktzahlungen festhalten», sagte Bundesrat Deiss. Zudem müsse der Strukturwandel «sozialverträglich» ablaufen.



Andreas Binswanger, Schweinezüchter, Tägerwil TG.

ausweichlich», sagt Bundesrat Deiss. «Ich gehe davon aus, dass der Grenzschutz für die Schweizer Landwirtschaft in den nächsten 10 bis 15 Jahren auf das Niveau in der Europäischen Union gesenkt wird», meint der ETH-Professor Bernard Lehmann. Es sei überhaupt «eine Illusion, beim gegebenen Grenzschutz die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft sichern zu wollen», erklärt Rudolf Walser vom Wirtschaftsverband Economiesuisse.

Mehr Markt und mehr Wettbewerb in der Landwirtschaft will der Bundesrat mit seiner «Agrarpolitik 2011» erreichen. Kernelement der Strategie ist die schrittweise Aufhebung der heutigen Marktstützung und der Exportverbilligung, verbunden mit höheren Direktzahlungen an die Bauern. So wird zum Beispiel die inländische Marktstützung für Butter halbiert und die Exportsubvention für Käse nach Übersee gestrichen. Der Wegfall der Marktstützung und die Streichung der Exportverbilligung machen rund 600 Millionen Franken frei, die den Bäuerinnen und Bauern als Direktzahlungen zugute kommen sollen. Das passt der «Neuen Zürcher Zeitung» gar nicht: «Die richtige Antwort auf die Einbussen ist ein rascherer Strukturwandel und nicht noch mehr Geld aus dem Staatsäckel.»

Staatslohn für die Bauern

Das wichtigste Instrument der Schweizer Agrarpolitik sind die so genannten Direktzahlungen. Sie sind das Entgelt an die Bauern da-

sind zwei Milliarden allgemeine Direktzahlungen für die Nutzung und Pflege von Wiesen und Feldern, vor allem im Hügel- und Berggebiet. Ökologische Direktzahlungen von 0,5 Milliarden sollen Anreiz geben für besondere naturnahe Leistungen – wie ökologischen Anbau, extensive Produktion von Getreide, biologischen Landbau und eine besonders artgerechte Haltung von Nutztieren.

Direktzahlungen als Lohn für die Bauern gibt es erst seit 1992. Agrarpolitik in der Eidgenossenschaft war früher stets auch Ernährungs- und Wehrpolitik. In der Anbauschlacht im Zweiten Weltkrieg wurden die Bauern zu Helden der Unabhängigkeit. Die «alte» Agrarpolitik garantierte den Bauern Preise, Absatz und Einkommen. Die Stützung der Produzentenpreise führte indes zu Überproduktion, steigenden Kosten und unwirtschaftlichen Strukturen. Erst 1996 mit der deutlichen Annahme des Verfassungsartikels durch das Volk wurde die «neue» Agrarpolitik möglich. Zur Produktion von Nahrungsmitteln trat fortan die Pflege des öffentlichen Gutes Umwelt.

Klar, dass die Rechnung «2,5 Milliarden Franken Direktzahlungen an 65 000 Bauernbetriebe» nicht ohne Kritik bleibt. Und die lautet so: Das Verfassungsziel der dezentralen Besiedlung kann die Landwirtschaft allein nicht erreichen, für manche Direktzahlungen fehlt ein klarer Leistungsauftrag, statt an die Erträge sind die Zahlungen an die Fläche gebunden, die Schwelle für den Bezug von Direktzahlungen

Er weiss, dass drei von vier Bauernhöfen, besonders im Hügel- und Berggebiet, ohne die Lohnzahlungen vom Staat nicht überleben würden.

Der Bundesrat hat dabei des Volkes Meinung hinter sich: Gemäss einer Univox-Umfrage ist für 91 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer die Landschaftspflege wichtig oder sehr wichtig, 97 Prozent sind für eine umweltgerechte Bewirtschaftung, 87 Prozent für eine tierfreundliche Haltung, 70 Prozent wollen die Berglandwirtschaft besonders fördern. Nur 23 Prozent der Befragten (mit sinkender Tendenz) sind bereit, einen Teil der Bauernbetriebe zu opfern. Aber auch das: Für 51 Prozent der Eidgenossen verursacht die Agrarpolitik zu hohe Kosten.

Noch eine Antwort aus dieser Umfrage: Die «Pflege der bäuerlichen Lebensweise» halten drei von vier befragten Schweizerinnen und Schweizern für wichtig. Das ist schon fast eine Liebeserklärung an den Bauernstand und seine Traditionen. Der Kolumnist Frank A. Meyer meint sogar: «Die Bauern, wie wir sie kennen und mögen, machen die Schweiz reich. Die Frage nach der Zukunft der Landwirtschaft ist die Frage nach der Zukunft der Schweiz.»

DOKUMENTATION: Agrarbericht 2005 (und frühere) des Bundesamtes für Landwirtschaft (www.blw.admin.ch) Situationsbericht 2005 (und frühere) des Schweizerischen Bauernverbandes (www.bauernverband.ch) Hauptbericht 2004 von Agroscope FAT Tänikon (www.fat.ch) Landwirtschaftlicher Informationsdienst LID (www.lid.ch) Zeitungen und Zeitschriften: Dokumentationszentrum Zug (www.doku-zug.ch)